Wadephul für Reform der UN-Missionen

Der Bundesaußenminister will, dass UN-Friedensmissionen wirksamer und effizienter werden.

BERLIN. Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) hat sich für eine Reform der UN-Friedensmissionen ausgesprochen. In den kommenden zwei Jahren müsse vor allem diskutiert werden, wie Friedensmissionen „wirksamer, effizienter und zukunftssicherer“ werden könnten, sagte Wadephul am Dienstag in seiner Eröffnungsrede bei der Konferenz zur Zukunft von UN-Friedensmissionen in Berlin. Insbesondere seien für Missionen künftig „klare Strategien zum Übergang und zum Ausstieg nötig“, fügte Wadephul an. Dies sei insbesondere angesichts womöglich „wachsender finanzieller Herausforderungen“ für die Missionen in den „kommenden Monaten“ nötig, sagte Wadephul in einer offensichtlichen Anspielung auf die von der US-Regierung unter Donald Trump geplanten Mittelkürzungen für internationale Zusammenarbeit.

Wadephul sagte weiter, für künftige Friedensmissionen müssten die Mandate des UN-Sicherheitsrats „nicht nur realistisch, sondern auch flexibel“ sein. Wadephul regte in seiner auf Englisch gehaltenen Rede eine Diskussion über einen „modularen Ansatz beim Peacekeeping“ an.

Deutschland richtet die Konferenz Peacekeeping Ministerial in diesem Jahr erstmals aus. An dem vom Auswärtigen Amt und vom Bundesverteidigungsministerium organisierten Treffen beteiligen sich mehr als 130 Länder, unter den Teilnehmern sind nach Angaben der Bundesregierung alleine rund 60 Ministerinnen und Minister. Bei der zweitägigen Konferenz wird über die künftige Ausrichtung des Peacekeeping, also der Friedenssicherung durch UN-Blauhelmsoldaten, beraten. Es soll über Reformvorschläge diskutiert werden, um die UN-Missionen präziser zu gestalten und ihre Wirksamkeit und Akzeptanz zu erhöhen. Weltweit gibt es derzeit elf UN-Blauhelmmissionen. *AFP*

Das Zitat des Tages

Foto: imago/Jürgen Heinrich

„Klimaschutz hat in der neuen Regierung leider keinen hohen Stellenwert.“

Claudia Kemfert, Energieexpertin, befürchtet unter der neuen Bundesregierung Rückschritte beim Klimaschutz.

Kurz berichtet

Albanien: Sozialisten gewinnen erneut Parlamentswahl

TIRANA. In Albanien hat zum vierten Mal in Folge die Sozialistische Partei (PS) von Ministerpräsident Edi Rama erwartungsgemäß die Parlamentswahl gewonnen. PS kam auf 52,08 Prozent und errang damit die absolute Mehrheit in der Volksvertretung mit insgesamt 140 Abgeordneten, wie die Wahlbehörde in Tirana nach Auszählung der Stimmzettel in 95 Prozent der Wahlurnen mitteilte. Es gilt daher als sicher, dass Rama Regierungschef bleibt. Zweitstärkste Kraft blieb die konservative Demokratische Partei (PD) des Polit-Veteranen und Ex-Präsidenten Sali Berisha mit 34,47 Prozent. *dpa*

Myanmar: offenbar 20 Tote bei Luftangriff auf Schule

YANGON. Bei einem Luftangriff von Myanmars Militärjunta auf ein Dorf in der zentral gelegenen Region Sagaing ist Medienberichten zufolge eine Schule zerstört worden. 20 Kinder und Jugendliche sowie zwei Lehrer wurden getötet, hieß es am Dienstag unter Berufung auf Augenzeugen. Der Angriff habe sich während der Unterrichtszeit am Montag ereignet. Die Schule liegt in dem Dorf Ohe Htein Twin. Der staatliche Fernsehsender MRTV dementierte die Berichte und erklärte, subversive Medien würden Falschnachrichten verbreiten. *KNA*

Leitartikel

Als ob noch Frieden wäre in Europa

39 Prozent der Baden-Württemberger rechnen mit Krieg. Was eine Mehrheit daraus ableitet, verblüfft.

Von Christoph Reisinger

Stell Dir vor es ist Krieg – und keiner geht hin. Dieser Spruch, mit dem vor knapp einem halben Jahrhundert Friedensbewegte kokettierten, ist den Baden-Württembergern Leitmotiv geblieben. Ausweislich des aktuellen Baden-Württemberg-Checks unserer und 44 weiterer Tageszeitungen im Land wäre nicht einmal ein Viertel der Befragten bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen.

Ein bemerkenswerter Befund. Gibt es in Baden-Württemberg nichts zu verteidigen? Keine Freiheit, keinen Rechtsstaat, keinen Wohlstand? Wer sich wach im Land bewegt, muss zu einem anderen Schluss kommen.

Die Idee, Verteidigung sei gegebenenfalls nur etwas für andere und kein persönliches Anliegen, mag zementiert sein durch das Erleben der vergangenen drei Jahrzehnte. Da war die Bundeswehr zwar ständig im Einsatz, aber immer weit weg. Das Ende des Kalten Krieges und das auch danach erfreulich hohe Engagement der Amerikaner für die Sicherheit Europas mögen die Illusion genährt haben, der ewige Frieden sei ausgebrochen.

Die Wahrheit ist leider eine andere. Kriege waren nach 1945 auch aus Europa nie ganz verschwunden: Zypern, Balkan, Kaukasus waren Schauplätze. Doch seitdem Russland, die mit Abstand stärkste Militärmacht des Kontinents, 2014 anfing, seine Grenzen mit Gewalt auszudehnen, erfährt die Bedrohung Deutschlands und seiner Verbündeten in Nato und EU eine neue Wucht.

Wie wenig dies im Südwesten in das öffentliche Bewusstsein gedrungen ist, offenbart diese Zahl: Nur 21 Prozent der Befragten sehen in den seit Jahren zunehmenden Attacken staatlicher oder staatsnaher russischer Angreifer auf die digitale Infrastruktur von Behörden, Banken, Energieversorgern, Unternehmen und Krankenhäusern des Landes Anlass zur Sorge. Offensichtlich werden weder die Milliardenschäden, die dadurch entstehen, noch der Ausfall kommunaler Internetseiten als Weckrufe wahrgenommen.

Was für ein Kontrast zu der Haltung so vieler Ukrainer, die unter Angriffen leiden.

Man muss nicht gleich in Hysterie verfallen angesichts dieser Angriffe aus Russland. Aber diese Aggression, die ja real ist, einfach zu ignorieren, wirkt naiv.

Unterschiede zwischen Sein und Bewusstsein spiegeln sich auch in den Positionen zu einer möglichen Reaktivierung der Wehrpflicht. Nur 22 Prozent der Befragten befürworten sie, unter den potenziell am stärksten Betroffenen 18- bis 29-Jährigen sind es sogar nur 14 Prozent. Ein allgemeines verpflichtendes Dienstjahr können sich mit 54 Prozent – unter den Jungen 48 Prozent – deutlich mehr Baden-Württemberger vorstellen.

Im Vordergrund steht also nicht die Frage, wie Deutschland möglichst schnell eine militärische Reserve aufbauen könnte, ohne die Landes- und Bündnisverteidigung nicht funktioniert. Es geht den Bürgern eher darum, Eingriffe in die eigene Lebensgestaltung zu minimieren oder sich zumindest möglichst viele Wahlmöglichkeiten offenzuhalten.

Was für ein Kontrast zur Haltung so vieler Ukrainer, die unter die russische Angriffsmaschine geraten sind! Sie beeindrucken mit Kreativität und Standfestigkeit, mit denen sie ihre Unterlegenheit im Kampf ausgleichen. Nicht minder überzeugen sie durch Willen und Fähigkeit, ihre Gesellschaft funktionsfähig zu halten und sich zu behaupten.

In Baden-Württemberg werden jetzt gemäß den Umfrageergebnissen immerhin mehr private Notvorräte angelegt. Und 92 Prozent der Befragten sprechen sich für Notfallpläne für die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall aus.

Überspitzt formuliert: Die Bereitschaft sich zu wehren, ist gering – im Krieg sollen Aggressoren Baden-Württemberg aber gut organisiert und bevorratet vorfinden.

Das „Königreich Deutschland“ findet ein jähes Ende

Bundesinnenminister Dobrindt hat den größten Verein aus der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene verboten. Am Dienstag gab es bundesweit Durchsuchungen. Wie groß ist die Gruppe?

Von Jürgen Bock

STUTTGART. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat den Verein „Königreich Deutschland“ (KRD) verboten. Zweck und Tätigkeit der größten Gruppe aus der Reichsbürgerszene liefen „den Strafgesetzen zuwider und richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung“, erklärte das Ministerium am Dienstagmorgen in Berlin. Die Anhängerinnen und Anhänger leugneten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und errichteten selbst „pseudostaatliche Strukturen und Institutionen“, so die Bundesanwaltschaft.

Ein selbsternannter König

Laut Ministerium ist das „Königreich Deutschland“ 2012 in Wittenberg von dem als „Obersten Souverän“ geltenden Peter F. ausgerufen worden. Der Verein gilt als derzeit mitgliederstärkste Vereinigung im Spektrum der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter in Deutschland. Sie verneinen die Existenz der Bundesrepublik und lehnen deren Rechtssystem ab. Das „Königreich Deutschland“ betrachtet sich als „Gegenstaat“ unter monarchisch-absolutistischer Führung von Peter F. mit eigener Rechtsprechung. Rund 1000 Mitglieder sollen bundesweit zur Vereinigung gehören, allerdings sprach der Verein selbst auch schon von 6000 Anhängern.

„König“ Peter F. allerdings muss erst einmal aus dem Gefängnis weiterregieren. Er ist am Dienstag genauso festgenommen worden wie drei weitere Männer. Laut Bundesanwaltschaft wurden die Haftbefehle gegen die führenden Köpfe der Gruppe in den Landkreisen Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz), Mittelsachsen (Sachsen) und Oder-Spree (Brandenburg) vollstreckt.

Alexander Dobrindt ist seit kurzem neuer Bundesinnenminister. Foto: dpa/Michael Kappeler

Zugleich gab es dort, aber auch an anderen Adressen, Durchsuchungen. Insgesamt waren sieben Bundesländer betroffen, zudem die Wohnung eines weiteren Beschuldigten im Kanton Solothurn in der Schweiz. Die Beschuldigten seien dringend verdächtig, sich „als Rädelsführer in einer kriminellen Vereinigung mitgliedschaftlich betätigt zu haben“, so die Bundesanwaltschaft. Peter F. werden zusätzlich unerlaubte Einlagen- und Versicherungsgeschäfte vorgeworfen.

Auch im Südwesten ist die Gruppierung vertreten. In Baden-Württemberg hat es am Dienstag ebenfalls eine Durchsuchung gegeben – in Mainhardt im Landkreis Schwäbisch Hall. Am frühen Morgen durchsuchten dort Polizeikräfte das Wohngebäude einer Führungsperson des Vereins. Festnahmen oder Waffenfunde gab es dort nach Angaben eines Sprechers des Innenministeriums nicht. Man habe Beweismittel gesichert.

Gruppe wirbt mit Steuerfreiheit

Das Landesamt für Verfassungsschutz geht aktuell von einer dreistelligen Zahl an Unterstützern in Baden-Württemberg aus. Die Anhängerschaft organisiert sich demnach in Regionalgruppen, unter anderem im Raum Stuttgart, Heilbronn/Schwäbisch-Hall, Ulm, Freiburg/Südbaden und Bodensee. Es würden auch gezielt kleine und mittelständische Unternehmen angeworben. In Baden-Württemberg seien rund 20 solche Betriebe bekannt.

Das passt zur Strategie der Gruppe, eine Art Parallelstaat aufzubauen. Dazu gehören ein eigenes Bank- und Versicherungssystem, ein „Meldeamt“ mit fiktiven Ausweisdokumenten und eine eigene Währung. Mitglieder weisen sich immer wieder wie selbstverständlich mit ihrer „KRD-Identitätskarte“ aus. Die Bank- und Versicherungsgeschäfte halfen bei der Geldbeschaffung, weitere Mittel flossen als Spenden oder Einnahmen aus Seminaren, so die Verfassungsschützer.

Interessenten macht die Gruppe eine Mitgliedschaft mit großen Versprechungen schmackhaft. Im „Königreich“ müssten zum Beispiel keine Steuern gezahlt werden. Geschäfte seien ebenso steuerfrei. Am deutschen Staat wird kein gutes Haar gelassen. Dabei fehlt es auch nicht an verschwörungstheoretischen Elementen: Die staatlichen Institutionen Deutschlands und anderer Länder würden als „satanisch unterwandert“ oder „von jüdischen Clans gelenkt“ dargestellt, so der Verfassungsschutz.

CDU uneins bei Verhältnis zu den Linken

Der Unvereinbarkeitsbeschluss der Union zur Linken steht – doch nicht alle in der CDU sind so strikt.

BERLIN. In der Debatte der Union zum Umgang mit der Linken warnt CDU-Vizechefin Karin Prien vor Dogmatismus. „Unsere Zeit verlangt von allen demokratischen Kräften in Deutschland mehr Ambiguitätstoleranz und weniger Dogmatismus“, sagte Prien dem „Stern“. Die Union müsse „pragmatisch abwägen“ und „die Stabilität der demokratischen Institutionen“ im Blick haben. Linke und AfD stünden zwar im fundamentalen Gegensatz zur Union, aber sie unterschieden sich genauso fundamental. „Die AfD ist die Partei des Rechtsextremismus, sie ist eine Gefahr für unsere liberale Demokratie“, sagte die neue Bundesbildungsministerin. Die Linke sei das jedoch nicht.

Auch Thüringens Ministerpräsident Mario Voigt forderte Pragmatismus. Der CDU-Politiker sagte dem „Stern“: „Mit einer Partei, die nicht wie die AfD auf einen Systemsturz hinarbeitet, kann die CDU jenseits aller grundsätzlichen Differenzen parlamentarische Absprachen aus staatspolitischer Verantwortung treffen.“ Voigt ist in Thüringen auf die Opposition, zu der die Linke gehört, angewiesen, seine Brombeer-Koalition hat keine eigene Mehrheit.

Die Union schließt mit einem Unvereinbarkeitsbeschluss eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der Linken aus. Vergangene Woche ging die CDU nach dem ersten gescheiterten Anlauf der Kanzlerwahl von Friedrich Merz auf die Linke zu, um einen raschen zweiten Wahlgang zu ermöglichen. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann bleibt bei seinem sNein zu einer Kooperation. Der Unvereinbarkeitsbeschluss sei gut so, wie er ist, sagte er dem „Stern“. Mit Blick auf die Antisemitismus-Definition der Partei sagte er: „Die unsägliche Verharmlosung von Antisemitismus auf dem Parteitag hat die Linken noch extremer von der CDU entfernt als ohnehin schon.“ *dpa*

Die Tomicek-Karikatur

Dealmakers wahre Wünsche

UN: Russland für Abschuss von MH17 verantwortlich

Im Juli 2014 wurde der Malaysia-Airlines-Flugs MH17 über der Ostukraine von einer Rakete getroffen – alle 298 Passagiere starben.

MONTRÉAL. Mehr als zehn Jahre nach dem Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugs MH17 über dem Osten der Ukraine hat eine UN-Organisation Russland für den Vorfall verantwortlich gemacht. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) erklärte am Montag, von Australien und den Niederlanden vorgebrachte Anschuldigungen seien aus ihrer Sicht „faktisch und rechtlich gut begründet“.

Flug MH17 war am 17. Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über dem Osten der Ukraine von einer Rakete getroffen worden und abgestürzt, alle 298 Insassen wurden getötet, unter ihnen 196 Niederländer, 43 Malaysier und 38 Australier. Auch vier Deutsche waren unter den Opfern. „Die Russische Föderation hat beim Abschuss von Flug MH17 der Malaysia Airlines im Jahr 2014 ihre Verpflichtungen nach internationalem Luftrecht nicht eingehalten“, erklärte die UN-Behörde.

Ein Gericht in den Niederlanden hatte in dem Fall im November 2022 zwei Russen und einen Ukrainer in Abwesenheit schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht sah es in seinem Urteil als erwiesen an, dass die Maschine von einer russischen Boden-Luft-Rakete vom Typ BUK abgeschossen worden war. Die Rakete stammte demnach von einem russischen Militärstützpunkt und wurde von einem von pro-russischen Separatisten kontrollierten Feld in der ostukrainischen Region Donezk abgefeuert. Russland weist bis heute jede Schuld zurück. *AFP*